

## **A n t w o r t**

**des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur**

**auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU**  
**– Drucksache 16/5010 –**

### **Wohnungseinbrüche in Rheinland-Pfalz**

Die **Große Anfrage 16/5010** vom 13. Mai 2015 hat folgenden Wortlaut:

Die Wohnungseinbrüche in Rheinland-Pfalz sind in den letzten Jahren stetig angestiegen. Auch nach der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2014 stagniert die Zahl der Delikte in diesem Bereich mit 5 819 Fällen auf hohem Niveau. In den ländlichen Regionen unseres Landes haben die Wohnungseinbrüche sogar drastisch zugenommen: Im Polizeipräsidium Koblenz stieg die Zahl der Wohnungseinbrüche um 3,7 Prozent, im Polizeipräsidium Westpfalz sogar um 11 Prozent. Auch die eingegangenen Anzeigen im Jahr 2014 sind im Vergleich zum Vorjahr drastisch gestiegen. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote bei den Wohnungseinbrüchen im Jahr 2014 im Vergleich zum Jahr 2013 von 15,7 Prozent auf einen historischen Tiefstand von 13,9 Prozent gesunken.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hat sich die festgestellte Anzahl von Wohnungseinbrüchen (absolut) und die Aufklärungsquote in den einzelnen Landkreisen in Rheinland-Pfalz seit 2010 jeweils entwickelt?
2. Welche Gründe bzw. Erklärungen gibt es für diese Entwicklungen?
3. Welche Auffälligkeiten sind hinsichtlich der regionalen Verteilung der Wohnungseinbrüche festzustellen?
4. Welche Erkenntnisse liegen der Polizei über Auffälligkeiten bezüglich Tätergruppen, Herkunft der Täter oder Ähnlichem jeweils vor?
5. Inwieweit sind die begangenen Taten der organisierten Kriminalität zuzurechnen?
6. Wie stellt sich ein Vergleich zwischen Rheinland-Pfalz und den anderen Bundesländern bei der Häufigkeitszahl der Wohnungseinbrüche, der Entwicklung der Fallzahlen und der Aufklärungsquote seit 2010 nach Kenntnis der Landesregierung dar?
7. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zur Herkunft der Tatverdächtigen; wie gestaltet sich die Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen seit dem Jahr 2010 (bitte aufgeschlüsselt nach den einzelnen Herkunftsländern)? Falls diese Zahl angestiegen sein sollte, wie ist diese Entwicklung nach Ansicht der Landesregierung zu erklären?
8. In welchem Umfang (absolut und in Prozent) handelte es sich bei den nicht deutschen Tatverdächtigen bei Wohnungseinbrüchen in den Jahren 2011 bis 2014 jeweils um anerkannte Flüchtlinge, Asylantragsteller oder lediglich geduldete Ausländer?
9. Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist nach unseren Informationen in den letzten Jahren stetig angestiegen und stagniert auch im Jahr 2014 auf einem hohen Niveau. Auf diese Entwicklung wurde immer wieder öffentlich aufmerksam gemacht. Die Landesregierung hat nun angekündigt, spezielle Ermittlungsgruppen bei den Polizeipräsidien des Landes einzurichten. Warum wird die Landesregierung hier erst jetzt tätig und hat solche Ermittlungsgruppen nicht schon vor Jahren eingerichtet?
10. Ist die Landesregierung der Ansicht, dass für eine effektive Bekämpfung der Wohnungseinbrüche und eine Verbesserung der Aufklärungsquote die rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zeitlich intensiv in Anspruch genommen werden müssen? Wenn nein, aus welchem Grund, wenn ja, wie verhält sich dies mit dem Rückgang der Vollzeitaquivalenten bei der rheinland-pfälzischen Polizei in diesem und im nächsten Jahr?

11. Trifft es zu, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte derzeit aufgrund der angespannten Personalsituation nicht genügend Zeit aufwenden können, um effektive Tatortarbeit, die auch ausführliche Befragung von Zeugen und den Einsatz von Spezialisten notwendig macht, zu gewährleisten?
12. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Personalsituation, als Maßnahme gegen Wohnungseinbrüche mehr Personal für die Bestreifung gefährdeter Wohnbezirke und für die mit der Aufklärung von Wohnungseinbrüchen befassten Kriminalinspektionen einzusetzen?
13. Welche Ansicht vertritt die Landesregierung zum Einsatz computergestützter Früherkennungssysteme, wie beispielsweise des Systems „precobs“, welche derzeit als Pilotprojekte in einigen Bundesländern erprobt werden?

Das **Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Große Anfrage namens der Landesregierung – Zuleitungsschreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 26. Juni 2015 – wie folgt beantwortet:

1. *Wie hat sich die festgestellte Anzahl von Wohnungseinbrüchen (absolut) und die Aufklärungsquote in den einzelnen Landkreisen in Rheinland-Pfalz seit 2010 entwickelt?*

Die jeweilige Anzahl und Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruchdiebstahl in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz für die Jahre 2010 bis 2014 ist den Tabellen der Anlagen 1a bis 1d zu entnehmen. In den als Anlage 2a bis 2d beigefügten Tabellen sind die jeweiligen Häufigkeitszahlen der übrigen Bundesländer dargelegt, die für einen weitergehenden Vergleich herangezogen werden sollten. Zusätzlich sind in diesen Tabellen die Häufigkeitszahlen aufgenommen. Die Häufigkeitszahl, die einen Vergleich verschiedener Regionen ermöglicht, ist die Zahl der bekanntgewordenen Fälle, errechnet auf 100 000 Einwohner des jeweiligen Betrachtungsraums. Zur besseren Einordnung sind in den Tabellen zusätzlich die jeweiligen Vergleichszahlen von Rheinland-Pfalz und des Bundes mit aufgenommen. Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass sich auch bei der Betrachtung eines längeren Zeitraums feststellen lässt, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche Schwankungen unterliegt. So gab es beispielsweise in den 1980er und 1990er Jahren bereits hohe Zahlen in diesem Bereich, die dann bis 2006 stark rückläufig waren.

Die Entwicklung der Fallzahlen beim Wohnungseinbruch in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Rheinland-Pfalz verläuft im Betrachtungszeitraum der vergangenen fünf Jahre heterogen. So nahmen die Fallzahlen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in 18 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten in zwei Jahren ab und in zwei Jahren zu. In 15 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten stiegen die Fallzahlen in drei Jahren an und nahmen in einem Jahr ab. In den Städten Mainz und Pirmasens registrierte die Polizei in drei Jahren abnehmende und in einem Jahr zunehmende Fallzahlen beim Wohnungseinbruchdiebstahl. Lediglich für den Donnersbergkreis weist die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) vier Jahre in Folge steigende Fallzahlen aus.

Ausgehend von der Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle im Jahr 2010 nahm diese 2014 in sieben kreisfreien Städten und Landkreisen ab (Stadt Koblenz, Kreis Birkenfeld, Kreis Mayen Koblenz, Stadt Trier, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Stadt Mainz, Stadt Zweibrücken). In den anderen 29 Landkreisen und kreisfreien Städten liegt die Zahl der 2014 registrierten Wohnungseinbruchdiebstähle über dem Wert von 2010.

Die Fallzahlendifferenzen in den einzelnen Kalenderjahren 2011 bis 2014 gegenüber dem jeweiligen Vorjahr stellt sich bei den 36 kreisfreien Städten und Landkreisen vollkommen unterschiedlich dar. So steht z. B. im Jahr 2014 einem Rückgang der Fallzahlen in der Stadt Worms mit – 47,0 Prozent ein Anstieg der Fallzahlen im Kreis Südwestpfalz mit + 79,7 Prozent gegenüber. Dem gegenüber weist der Kreis Südwestpfalz wiederum im Jahr 2013 im Vergleich mit den anderen Städten und Landkreisen mit – 33,7 Prozent den höchsten Rückgang der Fallzahlen auf. Solch deutliche Schwankungen bei steigenden und sinkenden Fallzahlen innerhalb von zwei Jahren und innerhalb der gleichen Betrachtungsregion sind bei den meisten kreisfreien Städten und Landkreisen auszumachen. Schon hieraus lässt sich ableiten, dass innerhalb eines Jahres regionale deliktische Brennpunkte wegfallen und an anderer Stelle des Landes neu entstehen können.

In allen fünf Jahren des Betrachtungszeitraums lag in Rheinland-Pfalz die Häufigkeitszahl beim Wohnungseinbruchdiebstahl unter dem jeweiligen Bundesdurchschnitt.

In der Summe nahm die landesweite Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruchdiebstahl 2014 gegenüber dem Vorjahr um – 1,8 Prozent auf 13,9 Prozent ab und liegt damit im Betrachtungszeitraum 2010 bis 2014 erstmals unter dem Bundesdurchschnitt von 15,9 Prozent. In den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten weisen die jeweiligen Aufklärungsquoten in allen fünf Jahren deutliche Unterschiede auf. So beträgt z. B. 2014 die Aufklärungsquote im Landkreis Vulkaneifel, der beim Wohnungseinbruchdiebstahl im Landesvergleich mit anderen Städten und Landkreisen die sechsniedrigste Häufigkeitszahl aufweist, 4,8 Prozent, während im Donnersbergkreis mit der fünfhöchsten Häufigkeitszahl des Landes die Aufklärungsquote bei 25,9 Prozent (Vorjahr: 16,7 Prozent) und damit beim vierthöchsten Aufklärungswert in Rheinland-Pfalz liegt. Steigende Fallzahlen und höhere Häufigkeitszahlen beim Wohnungseinbruchdiebstahl in einzelnen Regionen gehen somit nicht unbedingt mit einem Rückgang der Aufklärungsquote einher. Andererseits führen rückläufige Zahlen beim Wohnungseinbruchdiebstahl nicht zwingend zu einem Anstieg der Aufklärungsquote. Aufklärungsquoten von über 30 Prozent, wie sie die PKS in den Vorjahren in einzelnen Landkreisen und Städten noch ausweist und die sich auf die landesweite Aufklärungsquote positiv auswirkten, finden sich in der Kriminalstatistik für 2014 nicht. Ursachen hierfür finden sich in der Antwort zu Frage 2. Diese hohen Aufklärungsquoten hängen vielfach mit der erfolgreichen Ermittlung regionaler Mehrfach- und Serientäter zusammen.

## 2. Welche Gründe bzw. Erklärungen gibt es für diese Entwicklungen?

Empirisch gesichertes Wissen über den Täterkreis des Wohnungseinbruchdiebstahls existiert auf Bundesebene bislang nicht. Von den in der PKS 2014 für Rheinland-Pfalz festgestellten Tatverdächtigen aus 2014 begingen ca. 58 Prozent die Einbruchdiebstähle in ihrem eigenen Wohnort oder im Landkreis. In den vier Jahren zuvor betrug der Anteil dieser regionalen Tatverdächtigen noch zwischen 60 und 65 Prozent. 18,4 Prozent der 2014 ermittelten Tatverdächtigen waren aus dem Ausland, mit unbekanntem oder ohne festen Wohnsitz. Dieser Anteil der Tatverdächtigen lag 2010 noch bei 13,1 Prozent und weist seitdem eine steigende Tendenz auf. Bezogen auf die ermittelten nicht deutschen Tatverdächtigen weist jener Personenkreis mit Wohnsitz im Ausland, ohne festen Wohnsitz oder unbekanntem Wohnsitz für 2013 und 2014 Anteile von 46,1 Prozent und 43,2 Prozent auf.

Vor diesem Hintergrund lässt sich beim Wohnungseinbruchdiebstahl eine Unterteilung in zwei Arten von Tätern vornehmen. Zum einen handelt es sich hierbei um Personen, die meist als Einzeltäter oder in kleineren Gruppen im näheren Bereich ihres ständigen Wohn- oder Aufenthaltsorts agieren. Diese Täterinnen und Täter sind meist im einfachen kriminellen Milieu anzusiedeln und Wohnungseinbruchdiebstähle dienen z. B. der Finanzierung ihrer Drogensucht. Zum anderen sind es nach polizeilicher Bewertung vermehrt reisende Täter und Tätergruppen, die zumeist ohne Wohnsitz in Deutschland sind und hier Wohnungseinbrüche begehen. Dabei handelt es sich z. B. zunehmend um mobile Banden aus Ost- und Südosteuropa, die sich in größeren Gruppen arbeitsteilig organisiert haben und sich hier nur einige Wochen aufhalten, um Diebeszüge zu begehen. Tatorte werden zielstrebig und nur kurzzeitig aufgesucht und dann auch schnell wieder verlassen, dies zumeist unerkannt und ohne am Tatort auswertbare Spuren zu hinterlassen. Jene Regionen, die von diesen reisenden Täterbanden heimgesucht werden, weisen innerhalb eines kurzen Zeitraums einen deutlichen Anstieg der Wohnungseinbruchdiebstähle auf. Dies ist auch ein Erklärungsansatz sowohl für die aus den Tabellen in den Anlagen 1a bis 1d zu entnehmende unterschiedliche Entwicklung der Fallzahlen in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten, als auch für die teilweise deutlichen Schwankungen der Fallzahlen innerhalb eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt über einen Zeitraum von nur zwei Jahren. Auch die deutlich unterschiedlichen Entwicklungen der Fallzahlen in den einzelnen Präsidialbereichen und sogar in den einzelnen Bundesländern sind auf diesen Erklärungsansatz zurückzuführen.

Die Aufklärung beim Wohnungseinbruchdiebstahl stellt für die Polizei eine besondere Herausforderung dar. Solche Straftaten zählen zu den nur schwer aufklärbaren Delikten. In der Regel fehlt bei diesen Delikten der Personalbeweis. Das heißt, es gibt nur wenige Fälle, in denen die Täterinnen und Täter bei der Tatbegehung von Zeugen gesehen wurden und anhand der Personenbeschreibung eine erfolgversprechende Täterfahndung ermöglicht wird. Auch die Täteridentifizierung anhand von Spuren, wie u. a. Fingerabdrücke, wird aufgrund des immer professionelleren Vorgehens der Täterbanden seltener. Zudem verhindern die Täterinnen und Täter gezielt das Auffinden weiterer Sachbeweise. Die vielfach international vernetzten und mobilen Intensivtäter sind darauf bedacht, zuzuordnende Beutestücke, wie z. B. Schmuck, schnell an Hehler oder andere Tatbeteiligte abzugeben, die diese Gegenstände so weiterverarbeiten, dass sie nicht mehr identifizierbar sind, wie z. B. durch das Einschmelzen von Goldringen oder -ketten. Auch das Zusammenführen von bundesweiten oder gar grenzüberschreitenden Straftaten zu Straftatenserien einer bestimmten Täterbande gelingt bislang noch zu selten. Das vermehrte Auftreten von überregional agierenden, professionell handelnden Täterbanden und die damit verbundenen Erschwernisse bei der Tataufklärung dürften sich auf die Gesamtaufklärungsquote in diesem Deliktsbereich für 2014 negativ ausgewirkt haben.

## 3. Welche Auffälligkeiten sind hinsichtlich der regionalen Verteilung der Wohnungseinbrüche festzustellen?

Die Entwicklung der Wohnungseinbruchdiebstähle verläuft in den kreisfreien Städten und Landkreisen von Rheinland-Pfalz, wie bereits in der Antwort zu Frage 1 dargelegt, heterogen. Deutliche Schwankungen bei den Fall- und Häufigkeitszahlen einzelner Landkreise und kreisfreien Städte innerhalb von zwei Jahren lassen sowohl die Bildung neuer als auch den Wegfall alter regionaler Brennpunkte erkennen.

Regionale Brennpunkte beim Wohnungseinbruchdiebstahl weist die PKS für den nördlichen, an Nordrhein-Westfalen angrenzenden Landesteil aus. Mit Häufigkeitszahlen von 245 für den Landkreis Ahrweiler und 196 für den Landkreis Neuwied sowie 181 für den Westerwaldkreis sind diese Regionen 2014 im Verhältnis zu anderen Landkreisen des Landes von diesen Straftaten überdurchschnittlich betroffen. Hier wirkt sich der Großraum Köln mit deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegenden Häufigkeitszahlen über die Landesgrenze nach Rheinland-Pfalz aus, wenn auch in abgeschwächter Form. So liegen die Häufigkeitszahlen 2014 in den an Rheinland-Pfalz angrenzenden nordrhein-westfälischen Kreispolizeibehörden Euskirchen bei 295, Rhein-Sieg-Kreis bei 381, Bonn bei 414 und Oberbergischer Kreis bei 254. Im Zusammenhang mit diesen Straftaten im nördlichen Rheinland-Pfalz dürften die Bundesautobahnen 3 und 61 als An- und Abreisewege überregionaler Täter eine besondere Rolle spielen.

Über dem Landesdurchschnitt liegende Häufigkeitszahlen weisen 2014 im südlichen Landesteil die Landkreise Kaiserslautern (212) und Bad Dürkheim (179), der Donnersbergkreis (195), der Rhein-Pfalz-Kreis (177) und die daran angrenzende Stadt Speyer (211) auf. Die Bundesautobahnen 6 und 63 kommen hier als potenzielle An- und Abreisewege der mobilen Täter in Betracht.

Die im Landesvergleich niedrigste Belastung beim Wohnungseinbruchdiebstahl weisen der Rhein-Lahn-Kreis, der Landkreis Bernkastel-Wittlich und die Stadt Worms mit einer jeweils um mehr als 30 Prozent unter dem Landesdurchschnitt liegenden Häufigkeitszahl auf.

4. *Welche Erkenntnisse liegen der Polizei über Auffälligkeiten bezüglich Tätergruppen, Herkunft der Täter oder Ähnlichem jeweils vor?*

Von den im Jahr 2014 ermittelten Tatverdächtigen waren 87,4 Prozent männlich und 12,6 Prozent weiblich.

Bei 69,2 Prozent (2013: 72,3 Prozent) handelte es sich um Erwachsene. 15,3 Prozent (2013: 12,6 Prozent) waren Heranwachsende, 13,3 Prozent (2013: 12,8 Prozent) waren Jugendliche und in 2,1 Prozent (2013: 2,3 Prozent) handelte es sich um Kinder.

48,7 Prozent der 2014 ermittelten Tatverdächtigen handelten alleine (2013: 47,9 Prozent).

34,8 Prozent der in 2014 in der PKS erfassten Tatverdächtigen traten im Berichtsjahr mit einem Wohnungseinbruchdiebstahl, 15,2 Prozent mit zwei, 22,9 Prozent mit drei bis fünf und 27,1 Prozent mit sechs oder mehr solcher Straftaten in Erscheinung. Bei der überwiegenden Mehrheit der ermittelten Tatverdächtigen handelt es sich demnach um Mehrfach- bzw. Serientäter.

66,6 Prozent der 2014 für den Wohnungseinbruchdiebstahl ermittelten Tatverdächtigen waren bereits kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten. 13,9 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen waren der Polizei als Konsumenten harter Drogen bekannt.

Wie bereits in der Antwort zu Frage 2 dargelegt, weisen die Hellfelddaten der PKS betreffend die Tatverdächtigen darauf hin, dass der Wohnungseinbruchdiebstahl überwiegend durch örtlich-regionale Täter begangen wird. Deren Anteil hat sich jedoch in den vergangenen fünf Jahren verringert, während der Anteil der Tatverdächtigen mit Wohnsitz im Ausland oder ohne festen Wohnsitz oder mit unbekanntem Wohnsitz zugenommen hat. Gleichzeitig ist der PKS zu entnehmen, dass bei den im Zusammenhang mit dem Wohnungseinbruchdiebstahl ermittelten nicht deutschen Tatverdächtigen der Anteil von jenen Personen mit Wohnsitz im Ausland oder ohne festen Wohnsitz bzw. mit unbekanntem Wohnsitz mit Werten von 47,1 Prozent in 2013 und 43,2 Prozent in 2014 sehr hoch ausfällt. 2009 lag dieser Anteil noch bei 28,8 Prozent.

Die Polizeien in Bund und Ländern gehen in ihrer Lagebewertung davon aus, dass der in den letzten Jahren festzustellende Anstieg beim Wohnungseinbruchdiebstahl insbesondere auf ost- und südosteuropäische Täterinnen und Täter zurückzuführen ist, die sich vermehrt zu Täterbanden zusammengeschlossen haben. Diese weisen eine hohe Mobilität auf und wechseln ihre Aufenthaltsräume in Deutschland oder dem benachbarten Ausland nach kurzer Zeit, um schließlich in ihr Heimatland zurückzukehren. Häufig sind Mitglieder dieser Täterbanden, die auch in anderen Bereichen der Eigentums- und Betrugsriminalität agieren, mit falschen oder gefälschten Identitätspapieren ausgestattet. Begehrte Diebesgüter sind Bargeld bzw. Kreditkarten und gut absetzbare Sachgüter wie z. B. Schmuck.

Weitergehende Informationen zu den Täterinnen und Tätern und deren Herkunft sind den Antworten zu den Fragen 7 und 8 zu entnehmen.

5. *Inwieweit sind die begangenen Taten der organisierten Kriminalität zuzurechnen?*

Die Polizei definiert die Organisierte Kriminalität als die von Gewinn und Machtstreben bestimmte, planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als zwei Beteiligte auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig

- a) unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen,
- b) unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder
- c) unter Einflussnahme auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft zusammenwirken.

Bislang sprechen die Ermittlungsergebnisse nicht für das Vorliegen von Organisierter Kriminalität im Sinne der o. g. Definition. Hingegen registriert die Polizei vermehrt Erkenntnisse, die für eine bandenmäßige Begehungsweise sprechen.

6. *Wie stellt sich ein Vergleich zwischen Rheinland-Pfalz und den anderen Bundesländern bei der Häufigkeitszahl der Wohnungseinbrüche, der Entwicklung der Fallzahlen und der Aufklärungsquote seit 2010 nach Kenntnis der Landesregierung dar?*

Die Anlagen 2a bis 2d weisen den Vergleich von Rheinland-Pfalz mit anderen Bundesländern und dem Bund anhand der Fallzahlen, der Häufigkeitszahlen und der Aufklärungsquoten für den Betrachtungszeitraum von 2010 bis 2014 aus. Im bundesweiten Durchschnitt liegt die Häufigkeitszahl in 2014 bei 188. Mit einem Wert von 146 liegt Rheinland-Pfalz deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Unter den westlichen Bundesländern weist Rheinland-Pfalz hinter Bayern (65) und Baden-Württemberg (127) die drittniedrigste Häufigkeitszahl auf. In unseren Nachbarländern Hessen (182), Saarland (251) und Nordrhein-Westfalen (300) fallen die Häufigkeitszahlen beim Wohnungseinbruchdiebstahl höher aus. Die mit Abstand höchsten Häufigkeitszahlen beim Wohnungseinbruchdiebstahl finden sich wiederholt in den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin.

7. *Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zur Herkunft der Tatverdächtigen; wie gestaltet sich die Zahl der nicht deutschen Tatverdächtigen seit dem Jahr 2010 (bitte aufgeschlüsselt nach den einzelnen Herkunftsländern)? Falls diese Zahl angestiegen sein sollte, wie ist diese Entwicklung nach Ansicht der Landesregierung zu erklären?*

Nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Anzahl der in Rheinland-Pfalz für Wohnungseinbruchdiebstähle (WED) insgesamt ermittelten Tatverdächtigen (TV) für die Jahre 2010 bis 2014 in Rheinland-Pfalz auf. Hierzu ist anzumerken, dass diese Zahlen auf die „Echttäterzahlen“ abstellen, das heißt, dass ein Tatverdächtiger, ungeachtet der Anzahl der im Berichtsjahr begangenen Straftaten, jeweils nur als ein Tatverdächtiger ausgewiesen ist.

Tatverdächtige von WED nach der PKS	2014	2013	2012	2011	2010
<b>Tatverdächtige insgesamt</b>	<b>712</b>	<b>815</b>	<b>842</b>	<b>772</b>	<b>802</b>
deutsch	504	579	624	571	645
nicht deutsch	208	236	218	201	15
Anteil nicht deutsche Tatverdächtige in Prozent	29,2	29,0	25,9	26,0	19,6

Der Tabelle ist zu entnehmen, dass im Fünfjahresvergleich bei schwankenden Tatverdächtigenzahlen der Anteil der nicht deutschen Tatverdächtigen am Tatverdächtigenaufkommen insgesamt um fast 10 Prozent zugenommen hat.

In der nachstehenden Tabelle ist dargelegt, wo der/die jeweilige Tatverdächtige (deutsche und nicht deutsche Tatverdächtige insgesamt) zum Zeitpunkt der Straftat seinen/ihren Wohnsitz hatte. Bei Mehrfachtätern, die bezogen auf ihren Wohnort in unterschiedlichen Regionen Straftaten begingen, wie z. B. sowohl in der eigenen Tatortgemeinde als auch im übrigen Landkreis des Täterwohnsitzes, sind diese Tatverdächtigen jeweils in diesen Regionen einmal erfasst, sodass in der Addition der Tatverdächtigenzahlen die Echttatverdächtigenzahlen aus der vorstehenden Tabelle überschritten werden.

Tatort-Wohnort-Beziehung der Tatverdächtigen mit Wohnsitz	2014	2013	2012	2011	2010
in Tatortgemeinde	307	379	426	395	394
im Landkreis	104	110	124	101	99
übriges Land Rheinland-Pfalz	106	141	118	98	163
anderes Bundesland	94	92	89	90	85
außerhalb BRD	35	54	40	38	39
ohne festen Wohnsitz und unbekannt	96	93	95	88	66

Aus der Tabelle wird deutlich, dass im Fünfjahreszeitraum 2010 bis 2014 bei abnehmenden Tatverdächtigenzahlen insgesamt die aus der Tatortregion stammenden Tatverdächtigen zahlenmäßig abgenommen haben, während die Zahl der Tatverdächtigengruppe mit Wohnsitz außerhalb Deutschlands, ohne festen Wohnsitz und mit unbekanntem Aufenthalt zugenommen hat. Die prozentuale Verteilung der jeweiligen Tatort-Wohnort-Beziehungen der Tatverdächtigen ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle.

Tatort-Wohnort-Beziehung der Tatverdächtigen mit Wohnsitz (in Prozent)	2014	2013	2012	2011	2010
in Tatortgemeinde	43,1	46,5	50,6	51,2	49,1
im Landkreis	14,6	13,5	14,7	13,1	12,3
übriges Land Rheinland-Pfalz	14,9	17,3	14,0	12,7	20,3
anderes Bundesland	13,2	11,3	10,6	11,7	10,6
außerhalb BRD	4,9	6,6	4,8	4,9	4,9
ohne festen Wohnsitz und unbekannt	13,5	11,4	11,3	11,4	8,2

Wie bereits zuvor dargestellt hat im Zeitraum 2010 bis 2014 der Anteil der nicht deutschen Tatverdächtigen beim Wohnungseinbruchdiebstahl, gemessen am Tatverdächtigenaufkommen, insgesamt deutlich zugenommen. Die nachfolgenden beiden Tabellen geben Auskunft darüber, wo die ermittelten nicht deutschen Tatverdächtigen zum einen zahlen- und zum anderen anteilmäßig zum Zeitpunkt der Tat ihren Wohnsitz hatten.

Tatort-Wohnort-Beziehung der nicht deutschen Tatverdächtigen mit Wohnsitz	2014	2013	2012	2011	2010
in Tatortgemeinde	53	67	68	52	46
im Landkreis	21	19	15	14	13
übriges Land Rheinland-Pfalz	19	25	14	19	26
anderes Bundesland	35	40	39	42	22
außerhalb BRD	34	54	39	37	37
ohne festen Wohnsitz und unbekannt	56	57	54	55	30

Tatort-Wohnort-Beziehung der nicht deutschen Tatverdächtigen mit Wohnsitz (in Prozent)	2014	2013	2012	2011	2010
in Tatortgemeinde	25,5	28,4	31,2	25,9	29,3
im Landkreis	10,1	8,1	6,9	7,0	8,3
übriges Land Rheinland-Pfalz	9,1	10,6	6,4	9,5	16,6
anderes Bundesland	16,8	16,9	17,9	20,9	14,0
außerhalb BRD	16,3	22,9	17,9	18,4	23,6
ohne festen Wohnsitz und unbekannt	26,9	24,2	24,8	27,4	19,1

Der Anteil nicht deutscher Tatverdächtiger mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz beläuft sich 2014 insgesamt auf 44,7 Prozent. Das sind rund 10 Prozent weniger als vor fünf Jahren (2013: 54,5 Prozent). Dagegen nahm der Anteil der nicht deutschen Tatverdächtigen mit Wohnsitz außerhalb Deutschlands, ohne festen Wohnsitz und mit unbekanntem Wohnsitz innerhalb der fünf Jahre von 42,7 Prozent auf 43,2 Prozent zu. Anzumerken hierbei ist, dass der Anteil der letztgenannten Tatverdächtigen an den Tatverdächtigen insgesamt im Jahr 2009 noch bei 28,8 Prozent und 2008 bei 30,7 Prozent lag.

Differenziert nach Staatsangehörigkeiten der nicht deutschen Tatverdächtigen weist die PKS Rheinland-Pfalz beim Wohnungseinbruchdiebstahl folgendes Bild aus:

Anzahl der Tatverdächtigen nach Staatsangehörigkeit					
Staatsangehörigkeit	2014	2013	2012	2011	2010
Rumänisch	36	36	20	26	11
Serbisch	28	42	32	34	22
Türkisch	21	26	25	18	15
Polnisch	17	10	19	15	10
Kroatisch	11	7	3	6	5
Georgisch	10	6	1	2	2
Italienisch	10	11	8	10	11
Kosovarisch	6	14	11	4	4
Ungarisch	6	2	1	1	3
Bulgarisch	4	11	1	0	1
Montenegrinisch	4	1	8	6	2
Bosnisch Herzegowinisch	4	6	5	8	3
Französisch	4	2	4	7	2
Moldauisch	0	1	0	7	3
Mazedonisch	5	4	5	1	7
Albanisch	2	5	2	5	5

Die Anzahl der nicht deutschen Tatverdächtigen ist 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 28 Tatverdächtige bzw. um 11,9 Prozent gesunken. Gegenüber 2010 stieg deren Anzahl jedoch um 51 Tatverdächtige bzw. um 32,5 Prozent an. Ursächlich für diese Zunahme war insbesondere der Anstieg der rumänischen Tatverdächtigen, deren Anzahl sich um 25 auf nunmehr 36 Tatverdächtige in 2014 mehr als verdreifachte. Die übrigen Zunahmen verteilen sich im Wesentlichen auf die fünf Staatsangehörigkeiten Georgien (+ 8 Tatverdächtige), Polen (+ 7 Tatverdächtige), Serbien, Türkei und Kroatien (jeweils + 6 Tatverdächtige).

8. *In welchem Umfang (absolut und in Prozent) handelte es sich bei den nicht deutschen Tatverdächtigen bei Wohnungseinbrüchen in den Jahren 2011 bis 2014 jeweils um anerkannte Flüchtlinge, Asylantragsteller oder lediglich geduldete Ausländer?*

Nachfolgende Tabelle weist die Anzahl der nicht deutschen Tatverdächtigen bei Wohnungseinbruchdiebstählen im Zeitraum von 2011 bis 2014 mit dem Aufenthaltsstatus Asylantragsteller, geduldete Ausländer und Flüchtlinge aus:

Tatverdächtige von WED nach Aufenthaltsstatus	2014		2013		2012		2011	
	Anzahl	Prozentanteil an nicht deutschen Tatverdächtigen	Anzahl	Prozentanteil an nicht deutschen Tatverdächtigen	Anzahl	Prozentanteil an nicht deutschen Tatverdächtigen	Anzahl	Prozentanteil an nicht deutschen Tatverdächtigen
<b>Nicht deutsche Tatverdächtige insgesamt</b>	<b>208</b>	<b>100,0</b>	<b>236</b>	<b>100,0</b>	<b>218</b>	<b>100,0</b>	<b>201</b>	<b>100,0</b>
davon:								
Asylbewerber	11	5,3	13	5,5	2	0,9	7	3,5
Duldung	2	1,0	1	0,4	8	3,7	7	3,5
Kontingent-/Bürgerkriegsflüchtlinge	1	0,5	1	0,4	0	–	2	1,0
<b>insgesamt</b>	<b>14</b>	<b>6,8</b>	<b>15</b>	<b>6,4</b>	<b>10</b>	<b>4,6</b>	<b>16</b>	<b>8,0</b>

9. *Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist nach unseren Informationen in den letzten Jahren stetig angestiegen und stagniert auch im Jahr 2014 auf einem hohen Niveau. Auf diese Entwicklung wurde immer wieder öffentlich aufmerksam gemacht. Die Landesregierung hat nun angekündigt, spezielle Ermittlungsgruppen bei den Polizeipräsidien des Landes einzurichten. Warum wird die Landesregierung hier erst jetzt tätig und hat solche Ermittlungsgruppen nicht schon vor Jahren eingerichtet?*

Die Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls beschränkt sich nicht auf die Einrichtung zentraler Ermittlungs- und Auswerteeinheiten. Sie ist, wie in der Antwort zu den Fragen 10 und 11 dargestellt, seit Jahren Schwerpunkt polizeilicher Arbeit.

Mit Schreiben vom 21. April 2015 hat das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur landesweit die Einrichtung von zentralen Ermittlungs- und Auswerteeinheiten zur Bekämpfung der überregionalen bandenmäßigen Eigentumskriminalität bei den Polizeipräsidien verfügt. Damit wird verbindlich und landesweit homogen eine Organisationseinheit bei jedem Polizeipräsidium geschaffen und damit auf die weiterentwickelte Erkenntnislage zu den Tatverdächtigenstrukturen reagiert. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die einschlägige Rahmenkonzeption des Landeskriminalamts auch bislang schon die Einrichtung zentraler Ermittlungs- und Auswerteeinheiten optional bei den Polizeipräsidien vorsah. In Abhängigkeit von der regionalen Entwicklung haben einige Polizeipräsidien davon Gebrauch gemacht und auf unterschiedlichen Ebenen Ermittlungsgruppen zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls eingerichtet. Die nunmehr eingerichteten zentralen Ermittlungs- und Auswerteeinheiten nehmen dieses Vorbild auf, schaffen bei allen Polizeipräsidien einheitliche Strukturen und erweitern zudem die Zuständigkeiten dieser zentralen Ermittlungs- und Auswerteeinheiten.

Wenngleich die Hauptzielrichtung die Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls ist, wird die Zuständigkeit dieser zentralen Ermittlungs- und Auswerteeinheiten auch auf andere Erscheinungsformen der überregionalen und bandenmäßigen Eigentumskriminalität ausgeweitet. Damit geraten auch andere Kriminalitätsphänomene, wie beispielsweise der bandenmäßige Ladendiebstahl oder auch die bekannten, überregional begangenen Trickdiebstähle oder Trickbetrügereien wie z. B. der sogenannte „Enkeltrick“ oder die sogenannten „Schockanrufer“, in den Fokus der zentralen polizeilichen Ermittlungs- und Auswertearbeit. Diesen Tatphänomenen ist gemein, dass sie zwischenzeitlich organisiert und überregional, in Teilen sogar international begangen werden. Somit setzt der gewählte Bekämpfungsansatz an täterorientierten Ermittlungen an und hat insbesondere Tat- und Personenstrukturen zum Gegenstand.

10. *Ist die Landesregierung der Ansicht, dass für eine effektive Bekämpfung der Wohnungseinbrüche und eine Verbesserung der Aufklärungsquote die rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zeitlich intensiv in Anspruch genommen werden müssen? Wenn nein, aus welchem Grund, wenn ja, wie verhält sich dies mit dem Rückgang der Vollzeitäquivalenten bei der rheinland-pfälzischen Polizei in diesem und im nächsten Jahr?*
11. *Trifft es zu, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte derzeit aufgrund der angespannten Personalsituation nicht genügend Zeit aufwenden können, um effektive Tatortarbeit, die auch ausführliche Befragung von Zeugen und den Einsatz von Spezialisten notwendig macht, zu gewährleisten?*

Die Bekämpfung der Wohnungseinbrüche bildet einen Schwerpunkt polizeilicher Arbeit. Dies ist auch in den Zielvereinbarungen des Landeskriminalamts und der Polizeipräsidien deutlich herausgestellt. Die Polizeipräsidien arbeiten schon seit Jahren mit eigens darauf ausgerichteten Bekämpfungsstrategien. Bereits 2012 hat das Landeskriminalamt (LKA) eine neue Rahmenkonzeption erstellt. Darin finden sich Maßnahmen der Prävention und Repression, aber auch gezielte Maßnahmen des Opferschutzes. Die Bekämpfungsstrategie wird stetig den aktuellen Entwicklungen angepasst und fortgeschrieben. Sie besteht aus folgenden zentralen Elementen:

1. Die akribische Tatortaufnahme spielt für die Gewinnung von Ermittlungsansätzen eine wesentliche Rolle. Die systematische und qualifizierte Spurensuche, Spurensicherung und Spurenauswertung bilden die Basis für die weitere Ermittlungsarbeit. Tatorte werden überwiegend durch die Kriminalpolizei aufgenommen. Dazu gehört auch die wichtige Befragung der Nachbarschaft über verdächtige Wahrnehmungen durch Schutz- und Kriminalpolizei. Im Zusammenhang mit Wohnungseinbrüchen gesicherte Spuren werden vom Landeskriminalamt vorrangig ausgewertet. Mit einer speziell angelegten Schuhspurensammlung ist es bereits gelungen, erste Tatzusammenhänge zu erkennen.
2. Die systematische zentrale und dezentrale Auswertung und Analyse von Wohnungseinbrüchen beim Landeskriminalamt und bei den Polizeipräsidiën. Sie erfolgt insbesondere mit der Zielrichtung, überregionale und länderübergreifende Tatzusammenhänge zu erkennen, sie zu Tatserien zusammenzuführen und weitere Ermittlungsansätze zu gewinnen. Eigens hierfür hat das Landeskriminalamt eine Auswertedatei geschaffen, in die sämtliche Wohnungseinbrüche aufgenommen und ausgewertet werden. Ziel ist es, täterorientierte Ermittlungen einzuleiten. Hierzu haben das Landeskriminalamt und die Polizeipräsidiën die Auswertung erheblich intensiviert. Dazu gehört auch der länderübergreifende Informationsaustausch. So stellt beispielsweise das Polizeipräsidium Koblenz nordrhein-westfälischen Dienststellen seine Informationen über Einbrüche zur Verfügung und umgekehrt.
3. Die intensivierten Streifen der Polizei an erkannten Brennpunkten und an ausgemachten An- und Abfahrtsrouten potenzieller Täterinnen und Täter. Dies geschieht auch an den Landesgrenzen in enger Zusammenarbeit mit den Polizeien benachbarter Länder. Hinzu kommen zum Teil groß angelegte Kontrollen. Allein die Bereitschaftspolizei hat die Polizeipräsidiën 2014 insgesamt 146 Mal bei solchen Maßnahmen unterstützt.
4. Besondere Bedeutung hat der Bereich Prävention und Vorbeugung. Es gilt, einerseits die Menschen über die Gefahren und die Möglichkeiten etwas dagegen tun zu können, zu informieren, andererseits, sie für die Unterstützung der Polizei zu gewinnen. Die Palette der Präventionsmaßnahmen ist vielschichtig. Beispiele:

Die kostenlose sicherungstechnische Beratung bei allen Polizeipräsidiën und dem Landeskriminalamt. Dorthin können sich die Menschen wenden, um sich über Möglichkeiten ihre Wohnung oder ihr Haus zu schützen, zu informieren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstellen kommen auch gerne zu den Bürgerinnen und Bürgern nach Hause und erörtern mit ihnen auf ihr Haus zugeschnittene Maßnahmen am Objekt.

In diesem Kontext steht auch die Forderung nach der steuerlichen Absetzbarkeit von Materialkosten für Sicherungstechnik. Diese steuerliche Förderung, aber auch die Bereitstellung spezieller Kredite durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) schaffen Anreize, Häuser und Wohnungen besser zu schützen. Beides sind Maßnahmen, die im Dezember 2013 Gegenstand der Beratungen in der Innenministerkonferenz waren. In Teilen bestehen bereits Fördermöglichkeiten der KfW im Zusammenhang mit energetischen und altersgerechten Sanierungsmaßnahmen und/oder der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen. Gegenwärtig findet ein politischer Diskurs über deren Ausweitung statt.

Die gezielte Zusammenarbeit mit den Medien ist ein weiterer, erfolgsversprechender Baustein. Die Information der Bürgerinnen und Bürger über das Vorgehen von Einbrecherbanden und Möglichkeiten, sich vor Einbrüchen zu schützen, sind wesentlicher Bestandteil vorbeugender Arbeit. Hierbei spielen die Medien eine ganz wichtige Rolle. Die Zusammenarbeit, insbesondere auf der örtlichen Ebene, funktioniert gut.

Die Umsetzung des bundesweiten Programms der Polizeilichen Kriminalprävention, u. a. das umfassende Projekt „k-einbruch“ ist ein weiterer wichtiger Baustein. Informationsveranstaltungen und -broschüren geben den Menschen Hinweise und Anregungen zur Verhinderung von Einbrüchen.

Nicht zu unterschätzen ist die Durchführung von sogenannten „Haustürgesprächen“. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte gehen von Haus zu Haus und sprechen die Menschen gezielt an. Die Polizei will damit informieren und zugleich dafür sensibilisieren, bei verdächtigen Wahrnehmungen sofort die Polizei zu informieren.

Auch die Durchführung von Präventionsveranstaltungen in betroffenen Regionen gehört zum polizeilichen Repertoire. Einerseits informiert die Polizei beispielsweise in Bürgerversammlungen oder in Gemeinderäten, andererseits ist sie mit den Sicherheitsmobilen auf Marktplätzen oder bei Veranstaltungen ansprechbar.

5. Ein weiterer wichtiger Bestandteil ist der Opferschutz. Wohnungseinbrüche können wegen der Verletzung der Privatsphäre mit schweren physischen und psychischen Folgen und einer nachhaltigen Beschädigung des Sicherheitsgefühls verbunden sein. Für jeden Einzelnen ist das besonders schlimm. Die Polizei hat auch diesen Aspekt im Blick und nimmt sich der Opfer mit speziell dafür geschulten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten an. Sie beantwortet Fragen über den weiteren Fortgang der Ermittlungen und vermittelt Angebote von Opferhilfsorganisationen, wie beispielsweise des Weißen Rings. Zur Opferbetreuung gehört auch die Nachsorge, d. h. die Polizei sucht auch nach Tatortaufnahme und Anzeigerstattung den Kontakt mit den Geschädigten.

Die dargestellten wesentlichen Bausteine der polizeilichen Arbeit in Fällen von Wohnungseinbruchdiebstahl verdeutlichen die Ermittlungs- und Qualitätsstandards der Polizei auf diesem Gebiet. Dies ist vor dem Hintergrund der mit dem Wohnungseinbruch einhergehenden physischen und psychischen Folgen für die Opfer auch notwendig. Bei der Ermittlungsarbeit ist zu berücksichtigen, dass deren Umfang sich von Einzelfall zu Einzelfall unterscheidet. Unterscheidungsaspekte sind dabei beispielsweise die Größe des angegangenen Tatobjekts, die Spurenlage, die Informationen zu dem/den Täter/n sowie die Anzahl der Opfer und Zeugen. Dies beeinflusst auch den für die Sachbearbeitung erforderlichen Zeitaufwand, der nicht pauschal zu quantifizieren ist.

Es liegen keine Erkenntnisse vor, die darauf schließen lassen, dass nicht genügend Zeit für die Tatort- und Ermittlungsarbeit oder den Einsatz von Spezialisten zur Verfügung stand oder steht.



12. *Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Personalsituation, als Maßnahme gegen Wohnungseinbrüche mehr Personal für die Bestreifung gefährdeter Wohnbezirke und für die mit der Aufklärung von Wohnungseinbrüchen befassten Kriminalinspektionen einzusetzen?*

Die Rahmenkonzeption zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls sieht unterschiedliche polizeiliche Maßnahmen für die Polizeipräsidien vor. Hierzu zählen unter anderem verstärkte Fahrzeug- und Personenkontrollen an ausgemachten An- und Abfahrtswegen potenzieller Täterinnen und Täter sowie die anlassbezogene Erhöhung polizeilicher Präsenz an erkannten regionalen Brennpunkten. Schon nach den jetzigen, bundesweit gültigen Einsatzgrundsätzen der Polizei sind an Brennpunkten Schwerpunkte zu bilden. Dieser auch für andere Einsatzzlagen gültige Einsatzgrundsatz erfährt in Rheinland-Pfalz gerade beim Wohnungseinbruchdiebstahl dadurch hohe Bedeutung, dass gerade die Bekämpfung solcher Straftaten in den Zielvereinbarungen der Polizeipräsidien und des Landeskriminalamts besonders hervorgehoben ist. Eine Schwerpunktsetzung erlaubt den Polizeipräsidien grundsätzlich auch, durch personelle Umschichtungen die mit Wohnungseinbruchdiebstählen befassten Kriminalinspektionen temporär zu verstärken.

Die Bereitschaftspolizei Rheinland-Pfalz unterstützt die Polizeipräsidien bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls nachhaltig. So hat die Bereitschaftspolizei, wie in der Antwort auf die Fragen 10 und 11 bereits ausgeführt, allein 2014 bei 146 solcher Einsätze der Polizeipräsidien mitgewirkt.

Die Thematik „Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls“ war in den letzten Jahren, und ist auch nach wie vor, ständiger Erörterungspunkt von Führungsbesprechungen auf allen Ebenen bis hin zu den strategischen Entscheidungsgremien der Polizei. Unter anderem hieraus resultierend beauftragten die Leiter der Polizeibehörden und -einrichtungen im Oktober 2012 das Landeskriminalamt, eine Landes-Rahmenkonzeption zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls zu erstellen und dabei auch die Polizeipräsidien zu beteiligen. Regelmäßig wird die Thematik auch in Dienstbesprechungen und fachbezogenen Tagungen erörtert. Polizeiliche Maßnahmen der Repression und Prävention erstrecken sich mittlerweile über das ganze Jahr, und nicht wie früher nur auf die dunkle Jahreszeit. Sie werden fortlaufend überprüft und bedarfsorientiert verbessert.

Es liegen keine Erkenntnisse vor, die darauf schließen lassen, dass diese Maßnahmen wegen Personalmangels nicht durchgeführt werden konnten und können. Gleiches gilt für die qualifizierte Sachbearbeitung bei den zuständigen Organisationseinheiten.

13. *Welche Ansicht vertritt die Landesregierung zum Einsatz computergestützter Früherkennungssysteme, wie beispielsweise des Systems „precobs“, welche derzeit als Pilotprojekte in einigen Bundesländern erprobt werden?*

Der Einsatz computergestützter Früherkennungssysteme, wie u. a. das System „precobs“, werden derzeit in Bayern und in Nordrhein-Westfalen als Pilotprojekt erprobt. Die bisherigen Erkenntnisse zum Einsatz solcher Früherkennungssysteme im Aufgabenbereich der Polizei stammen aus dem Ausland und betreffen dicht besiedelte Ballungsräume, die auf Rheinland-Pfalz nicht ohne Weiteres übertragen werden können. Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz steht mit den Bundesländern, die solche Systeme derzeit erproben, in Verbindung und wird der Landesregierung bei Vorlage erster belastbarer Erfahrungswerte zu deren Einsatztauglichkeit und -möglichkeiten berichten. Auf Grundlage dieses Berichts wird die Landesregierung ihre Prüfung fortsetzen, ob auch in Rheinland-Pfalz der Einsatz von „precobs“ oder vergleichbarer computergestützter Früherkennungssysteme in Betracht kommt.

Roger Lewentz  
Staatsminister

**Erfasste Fälle Wohnungseinbruchdiebstähle (WED) im Zeitraum 2013 und 2014  
für Landkreise und kreisfreie Städte in Rheinland-Pfalz**

Ministerium des  
Innern, für Sport  
und Infrastruktur

**Anlage 1a**

WED	2014		2013		Differenz zum Vorjahr			HZ**	
Landkreise / kreisfreie Städte	Fälle	AQ*	Fälle	AQ	absolut	in %	AQ in %-Pkte	2014	2013
Stadt Koblenz	164	7,9	198	12,6	-34	-17,2	-4,7	148	180
Kreis Ahrweiler	309	8,1	304	13,5	5	1,6	-5,4	245	242
Kreis Altenkirchen	153	22,2	141	25,5	12	8,5	-3,3	119	109
Kreis Bad Kreuznach	250	26,8	218	16,5	32	14,7	10,3	161	140
Kreis Birkenfeld	85	18,8	106	9,4	-21	-19,8	9,4	105	131
Kreis Cochem-Zell	79	15,2	66	16,7	13	19,7	-1,5	125	104
Kreis Mayen-Koblenz	252	9,5	324	11,7	-72	-22,2	-2,2	120	154
Kreis Neuwied	352	13,1	327	16,5	25	7,6	-3,4	196	182
Rhein-Hunsrück-Kreis	126	8,7	83	14,5	43	51,8	-5,8	125	82
Rhein-Lahn-Kreis	112	21,4	125	18,4	-13	-10,4	3,0	92	103
Westerwaldkreis	359	11,7	272	15,4	87	32,0	-3,7	181	137
Stadt Trier	175	18,3	152	15,8	23	15,1	2,5	163	143
Kreis Bernkastel-Wittlich	102	10,8	98	13,3	4	4,1	-2,5	92	88
Eifelkreis Bitburg-Prüm	112	10,7	136	11,8	-24	-17,6	-1,1	116	142
Landkreis Vulkaneifel	63	4,8	56	7,1	7	12,5	-2,3	104	92
Kreis Trier-Saarburg	144	14,6	142	18,3	2	1,4	-3,7	100	99
Stadt Frankenthal	64	26,6	70	8,6	-6	-8,6	18,0	135	149
Stadt Kaiserslautern	166	16,9	198	42,4	-32	-16,2	-25,5	171	204
Stadt Landau	48	12,5	63	17,5	-15	-23,8	-5,0	110	144
Stadt Ludwigshafen	277	6,5	249	10,4	28	11,2	-3,9	171	155
Stadt Mainz	310	6,1	369	12,5	-59	-16,0	-6,4	152	182
Stadt Neustadt a.d.W.	79	7,6	85	16,5	-6	-7,1	-8,9	151	163
Stadt Pirmasens	61	23	79	32,9	-18	-22,8	-9,9	152	196
Stadt Speyer	105	5,7	96	11,5	9	9,4	-5,8	211	193
Stadt Worms	79	13,9	149	17,4	-70	-47,0	-3,5	98	187
Stadt Zweibrücken	50	20	42	35,7	8	19,0	-15,7	147	123
Kreis Alzey-Worms	144	11,1	178	5,6	-34	-19,1	5,5	115	142
Kreis Bad Dürkheim	234	17,1	215	14,9	19	8,8	2,2	179	164
Donnersbergkreis	147	25,9	144	16,7	3	2,1	9,2	195	191
Kreis Germersheim	187	7,5	193	14,5	-6	-3,1	-7,0	149	155
Kreis Kaiserslautern	221	28,5	162	20,4	59	36,4	8,1	212	155
Kreis Kusel	99	20,2	87	6,9	12	13,8	13,3	139	121
Kreis Südliche Weinstraße	109	24,8	171	18,7	-62	-36,3	6,1	100	157
Rhein-Pfalz-Kreis	264	7,2	193	5,2	71	36,8	2,0	177	130
Kreis Mainz-Bingen	232	14,2	308	19,2	-76	-24,7	-5,0	114	152
Kreis Südwestpfalz	106	9,4	59	20,3	47	79,7	-10,9	110	61
WED	2014		2013		Differenz zum Vorjahr			HZ	
Bund / Land	Fälle	AQ	Fälle	AQ	absolut	in %	AQ in %-Pkte	2014	2013
WED Bund	152 123	15,9	149 500	15,5	2 623	1,8	0,4	188	186
WED Land***	5 819	13,9	5 858	15,7	- 39	-0,7	-1,8	146	147

\* AQ = Aufklärungsquote

\*\* HZ = Häufigkeitszahl

Die Häufigkeitszahl ist die Zahl der bekannt gewordenen Fälle insgesamt oder innerhalb einzelner Deliktarten, errechnet auf 100.000 Einwohner (Stichtag ist grundsätzlich der 01.01. des Berichts-jahres).

\*\*\* Der Mittelwert der dargestellten HZ für die Landkreise und Städte weicht marginal von dem an-gegebenen Mittelwert für Rheinland-Pfalz insgesamt ab. Die Differenz ergibt sich aus der Berücksichtigung der Nachkommastellen.

**Erfasste Fälle Wohnungseinbruchdiebstähle (WED) im Zeitraum 2012 und 2013  
für Landkreise und kreisfreie Städte in Rheinland-Pfalz**

Ministerium des  
Innern, für Sport  
und Infrastruktur

**Anlage 1b**

WED	2013		2012		Differenz zum Vorjahr			HZ**	
Landkreise / kreisfreie Städte	Fälle	AQ*	Fälle	AQ	absolut	in %	AQ in %-Pkte	2013	2012
Stadt Koblenz	198	12,6	197	11,2	1	0,5	1,4	180	185
Kreis Ahrweiler	304	13,5	213	12,2	91	42,7	1,3	242	168
Kreis Altenkirchen	141	25,5	180	34,4	-39	-21,7	-8,9	109	138
Kreis Bad Kreuznach	218	16,5	238	27,3	-20	-8,4	-10,8	140	153
Kreis Birkenfeld	106	9,4	92	14,1	14	15,2	-4,7	131	112
Kreis Cochem-Zell	66	16,7	69	21,7	-3	-4,3	-5,0	104	110
Kreis Mayen-Koblenz	324	11,7	250	14,4	74	29,6	-2,7	154	119
Kreis Neuwied	327	16,5	369	20,6	-42	-11,4	-4,1	182	204
Rhein-Hunsrück-Kreis	83	14,5	112	11,6	-29	-25,9	2,9	82	111
Rhein-Lahn-Kreis	125	18,4	109	7,3	16	14,7	11,1	103	89
Westerwaldkreis	272	15,4	270	12,2	2	0,7	3,2	137	137
Stadt Trier	152	15,8	154	19,5	-2	-1,3	-3,7	143	146
Kreis Bernkastel-Wittlich	98	13,3	84	34,5	14	16,7	-21,2	88	76
Eifelkreis Bitburg-Prüm	136	11,8	82	7,3	54	65,9	4,5	142	87
Landkreis Vulkaneifel	56	7,1	54	18,5	2	3,7	-11,4	92	89
Kreis Trier-Saarburg	142	18,3	112	19,6	30	26,8	-1,3	99	79
Stadt Frankenthal	70	8,6	41	34,1	29	70,7	-25,5	149	87
Stadt Kaiserslautern	198	42,4	273	25,3	-75	-27,5	17,1	204	274
Stadt Landau	63	17,5	46	17,4	17	37,0	0,1	144	105
Stadt Ludwigshafen	249	10,4	220	35,5	29	13,2	-25,1	155	133
Stadt Mainz	369	12,5	488	13,3	-119	-24,4	-0,8	182	243
Stadt Neustadt a.d.W.	85	16,5	77	13,0	8	10,4	3,5	163	145
Stadt Pirmasens	79	32,9	96	21,9	-17	-17,7	11,0	196	240
Stadt Speyer	96	11,5	64	14,1	32	50,0	-2,6	193	128
Stadt Worms	149	17,4	84	16,7	65	77,4	0,7	187	102
Stadt Zweibrücken	42	35,7	40	25,0	2	5,0	10,7	123	118
Kreis Alzey-Worms	178	5,6	165	10,9	13	7,9	-5,3	142	132
Kreis Bad Dürkheim	215	14,9	225	10,2	-10	-4,4	4,7	164	170
Donnersbergkreis	144	16,7	90	25,6	54	60,0	-8,9	191	119
Kreis Germersheim	193	14,5	162	11,1	31	19,1	3,4	155	130
Kreis Kaiserslautern	162	20,4	208	14,4	-46	-22,1	6,0	155	199
Kreis Kusel	87	6,9	83	12,0	4	4,8	-5,1	121	116
Kreis Südliche Weinstraße	171	18,7	91	16,5	80	87,9	2,2	157	84
Rhein-Pfalz-Kreis	193	5,2	131	16,0	62	47,3	-10,8	130	88
Kreis Mainz-Bingen	308	19,2	221	16,7	87	39,4	2,5	152	109
Kreis Südwestpfalz	59	20,3	89	11,2	-30	-33,7	9,1	61	91

  

WED	2013		2012		Differenz zum Vorjahr			HZ	
Bund / Land	Fälle	AQ	Fälle	AQ	absolut	in %	AQ in %-Pkte	2013	2012
WED Bund	149 500	15,5	144 117	15,7	5 383	3,7	-0,2	186	176
WED Land***	5 858	15,7	5 479	17,7	379	6,9	2,0	147	137

\* AQ = Aufklärungsquote

\*\* HZ = Häufigkeitszahl

Die Häufigkeitszahl ist die Zahl der bekannt gewordenen Fälle insgesamt oder innerhalb einzelner Deliktarten, errechnet auf 100.000 Einwohner (Stichtag ist grundsätzlich der 01.01. des Berichts-jahres).

\*\*\* Der Mittelwert der dargestellten HZ für die Landkreise und Städte weicht marginal von dem angegebenen Mittelwert für Rheinland-Pfalz insgesamt ab. Die Differenz ergibt sich aus der Berücksichtigung der Nachkommastellen.

**Erfasste Fälle Wohnungseinbruchdiebstähle (WED) im Zeitraum 2011 und 2012  
für Landkreise und kreisfreie Städte in Rheinland-Pfalz**

Ministerium des  
Innern, für Sport  
und Infrastruktur

**Anlage 1c**

WED	2012		2011		Differenz zum Vorjahr			HZ**	
Landkreise / kreisfreie Städte	Fälle	AQ*	Fälle	AQ	absolut	in %	AQ in %-Pkte	2012	2011
Stadt Koblenz	197	11,2	169	10,7	28	16,6	0,5	185	159
Kreis Ahrweiler	213	12,2	273	11,4	-60	-22,0	0,8	168	214
Kreis Altenkirchen	180	34,4	101	14,9	79	78,2	19,5	138	77
Kreis Bad Kreuznach	238	27,3	221	18,1	17	7,7	9,2	153	142
Kreis Birkenfeld	92	14,1	94	14,9	-2	-2,1	-0,8	112	113
Kreis Cochem-Zell	69	21,7	57	24,6	12	21,1	-2,9	110	90
Kreis Mayen-Koblenz	250	14,4	282	8,9	-32	-11,3	5,5	119	134
Kreis Neuwied	369	20,6	312	13,1	57	18,3	7,5	204	172
Rhein-Hunsrück-Kreis	112	11,6	138	10,9	-26	-18,8	0,7	111	135
Rhein-Lahn-Kreis	109	7,3	84	32,1	25	29,8	-24,8	89	68
Westerwaldkreis	270	12,2	218	13,8	52	23,9	-1,6	137	110
Stadt Trier	154	19,5	142	18,3	12	8,5	1,2	146	135
Kreis Bernkastel-Wittlich	84	34,5	93	18,3	-9	-9,7	16,2	76	84
Eifelkreis Bitburg-Prüm	82	7,3	75	22,7	7	9,3	-15,4	87	80
Landkreis Vulkaneifel	54	18,5	75	14,7	-21	-28,0	3,8	89	122
Kreis Trier-Saarburg	112	19,6	115	10,4	-3	-2,6	9,2	79	81
Stadt Frankenthal	41	34,1	70	27,1	-29	-41,4	7,0	87	150
Stadt Kaiserslautern	273	25,3	205	21,5	68	33,2	3,8	274	207
Stadt Landau	46	17,4	62	27,4	-16	-25,8	-10,0	105	142
Stadt Ludwigshafen	220	35,5	228	33,8	-8	-3,5	1,7	133	139
Stadt Mainz	488	13,3	340	11,5	148	43,5	1,8	243	171
Stadt Neustadt a.d.W.	77	13,0	48	43,8	29	60,4	-30,8	145	91
Stadt Pirmasens	96	21,9	62	19,4	34	54,8	2,5	240	154
Stadt Speyer	64	14,1	67	19,4	-3	-4,5	-5,3	128	134
Stadt Worms	84	16,7	130	19,2	-46	-35,4	-2,5	102	159
Stadt Zweibrücken	40	25,0	49	22,4	-9	-18,4	2,6	118	144
Kreis Alzey-Worms	165	10,9	177	11,3	-12	-6,8	-0,4	132	142
Kreis Bad Dürkheim	225	10,2	112	16,1	113	100,9	-5,9	170	84
Donnersbergkreis	90	25,6	86	20,9	4	4,7	4,7	119	113
Kreis Germersheim	162	11,1	141	22,0	21	14,9	-10,9	130	113
Kreis Kaiserslautern	208	14,4	184	15,2	24	13,0	-0,8	199	175
Kreis Kusel	83	12,0	90	17,8	-7	-7,8	-5,8	116	124
Kreis Südliche Weinstraße	91	16,5	101	22,8	-10	-9,9	-6,3	84	93
Rhein-Pfalz-Kreis	131	16,0	212	32,1	-81	-38,2	-16,1	88	143
Kreis Mainz-Bingen	221	16,7	249	12,4	-28	-11,2	4,3	109	123
Kreis Südwestpfalz	89	11,2	48	18,8	41	85,4	-7,6	91	49
WED	2012		2011		Differenz zum Vorjahr			HZ	
Bund / Land	Fälle	AQ	Fälle	AQ	absolut	in %	AQ in %-Pkte	2012	2011
WED Bund	144 117	15,7	132 595	16,2	11 522	8,7	-0,5	176	162
WED Land***	5 479	17,7	5 110	17,5	369	7,2	0,2	137	128

\* AQ = Aufklärungsquote

\*\* HZ = Häufigkeitszahl

Die Häufigkeitszahl ist die Zahl der bekannt gewordenen Fälle insgesamt oder innerhalb einzelner Deliktarten, errechnet auf 100.000 Einwohner (Stichtag ist grundsätzlich der 01.01. des Berichts-jahres).

\*\*\* Der Mittelwert der dargestellten HZ für die Landkreise und Städte weicht marginal von dem angegebenen Mittelwert für Rheinland-Pfalz insgesamt ab. Die Differenz ergibt sich aus der Berücksichtigung der Nachkommastellen.

**Erfasste Fälle Wohnungseinbruchdiebstähle (WED) im Zeitraum 2010 und 2011  
für Landkreise und kreisfreie Städte in Rheinland-Pfalz**

Ministerium des  
Innern, für Sport  
und Infrastruktur

**Anlage 1d**

WED	2011		2010		Differenz zum Vorjahr			HZ**	
Landkreise / kreisfreie Städte	Fälle	AQ*	Fälle	AQ	absolut	in %	AQ in %-Pkte	2011	2010
Stadt Koblenz	169	10,7	181	6,1	-12	-6,6	4,6	159	170
Kreis Ahrweiler	273	11,4	278	8,6	-5	-1,8	2,8	214	217
Kreis Altenkirchen	101	14,9	135	30,4	-34	-25,2	-15,5	77	102
Kreis Bad Kreuznach	221	18,1	181	18,8	40	22,1	-0,7	142	116
Kreis Birkenfeld	94	14,9	90	15,6	4	4,4	-0,7	113	107
Kreis Cochem-Zell	57	24,6	44	18,2	13	29,5	6,4	90	69
Kreis Mayen-Koblenz	282	8,9	281	19,6	1	0,4	-10,7	134	133
Kreis Neuwied	312	13,1	285	15,8	27	9,5	-2,7	172	157
Rhein-Hunsrück-Kreis	138	10,9	84	21,4	54	64,3	-10,5	135	82
Rhein-Lahn-Kreis	84	32,1	99	16,2	-15	-15,2	16,1	68	80
Westerwaldkreis	218	13,8	228	18,4	-10	-4,4	-4,6	110	114
Stadt Trier	142	18,3	186	23,7	-44	-23,7	-5,4	135	178
Kreis Bernkastel-Wittlich	93	18,3	67	26,9	26	38,8	-8,5	84	60
Elfenkreis Bitburg-Prüm	75	22,7	121	19,0	-46	-38,0	3,7	80	128
Landkreis Vulkaneifel	75	14,7	55	36,4	20	36,4	-21,7	122	89
Kreis Trier-Saarburg	115	10,4	100	27,0	15	15,0	-16,6	81	71
Stadt Frankenthal	70	27,1	44	27,3	26	59,1	-0,2	150	94
Stadt Kaiserslautern	205	21,5	163	19,0	42	25,8	2,5	207	164
Stadt Landau	62	27,4	36	25,0	26	72,2	2,4	142	84
Stadt Ludwigshafen	228	33,8	219	15,1	9	4,1	18,7	139	134
Stadt Mainz	340	11,5	391	20,5	-51	-13,0	-9,0	171	198
Stadt Neustadt a.d.W.	48	43,8	50	38,0	-2	-4,0	5,8	91	93
Stadt Pirmasens	62	19,4	92	13,0	-30	-32,6	6,4	154	225
Stadt Speyer	67	19,4	57	19,3	10	17,5	0,1	134	114
Stadt Worms	130	19,2	77	19,5	53	68,8	-0,3	159	94
Stadt Zweibrücken	49	22,4	55	40,0	-6	-10,9	-17,6	144	161
Kreis Alzey-Worms	177	11,3	107	10,3	70	65,4	1,0	142	86
Kreis Bad Dürkheim	112	16,1	89	24,7	23	25,8	-8,6	84	67
Donnersbergkreis	86	20,9	64	29,7	22	34,4	-8,8	113	84
Kreis Germersheim	141	22,0	115	15,7	26	22,6	6,3	113	92
Kreis Kaiserslautern	184	15,2	134	14,9	50	37,3	0,3	175	126
Kreis Kusel	90	17,8	64	29,7	26	40,6	-11,9	124	87
Kreis Südliche Weinstraße	101	22,8	74	13,5	27	36,5	9,3	93	68
Rhein-Pfalz-Kreis	212	32,1	88	17,0	124	140,9	15,1	143	59
Kreis Mainz-Bingen	249	12,4	203	14,3	46	22,7	-1,9	123	101
Kreis Südwestpfalz	48	18,8	44	13,6	4	9,1	5,2	49	44
WED	2011		2010		Differenz zum Vorjahr			HZ	
Bund / Land	Fälle	AQ	Fälle	AQ	absolut	in %	AQ in %-Pkte	2011	2010
WED Bund	132 595	16,2	121 347	15,9	11 248	9,3	0,3	162	148
WED Land***	5 110	17,5	4 581	18,6	529	11,5	-1,1	128	114

\* AQ = Aufklärungsquote

\*\* HZ = Häufigkeitszahl

Die Häufigkeitszahl ist die Zahl der bekannt gewordenen Fälle insgesamt oder innerhalb einzelner Deliktarten, errechnet auf 100.000 Einwohner (Stichtag ist grundsätzlich der 01.01. des Berichts-jahres).

\*\*\* Der Mittelwert der dargestellten HZ für die Landkreise und Städte weicht marginal von dem angegebenen Mittelwert für Rheinland-Pfalz insgesamt ab. Die Differenz ergibt sich aus der Berücksichtigung der Nachkommastellen.

**Erfasste Fälle Wohnungseinbruchdiebstähle (WED) im Zeitraum 2013 und 2014  
im Bund-Länder-Vergleich**

Ministerium des  
Innern, für Sport  
und Infrastruktur

**Anlage 2a**

WED	2014		2013		Differenz zum Vorjahr			HZ**	
	Fälle	AQ*	Fälle	AQ	absolut	in %	AQ in %-Pkte	2014	2013
Bund	152 123	15,9	149 500	15,5	2 623	1,8	0,4	188	186
Thüringen	979	35,1	1 183	28,7	- 204	-17,2	6,4	45	55
Bayern	8 210	15,1	6 385	17,1	1 825	28,6	-2,0	65	51
Vorpommern	1 530	25,8	1 521	30,2	9	0,6	-4,4	96	95
Sachsen	3 869	22,5	3 620	29,2	249	6,9	-6,7	96	89
Sachsen-Anhalt	2 598	28,7	2 588	30,4	10	0,4	-1,7	116	115
Baden-Württemberg	13 483	14,0	11 295	10,9	2 188	19,4	3,1	127	107
<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>5 819</b>	<b>13,9</b>	<b>5 858</b>	<b>15,7</b>	<b>- 39</b>	<b>-0,7</b>	<b>-1,8</b>	<b>146</b>	<b>147</b>
Brandenburg	3 991	20,7	4 001	21,5	- 10	-0,2	-0,8	163	163
Hessen	10 978	20,6	10 795	19,4	183	1,7	1,2	182	179
Niedersachsen	14 654	24,6	15 743	26,4	-1 089	-6,9	-1,8	188	202
Saarland	2 485	14,0	2 095	16,0	390	18,6	-2,0	251	211
Schleswig-Holstein	7 529	12,6	7 534	10,2	- 5	-0,1	2,4	267	268
Nordrhein-Westfalen	52 794	15,4	54 953	13,6	-2 159	-3,9	1,8	300	313
Berlin	12 159	6,6	11 566	7,3	593	5,1	-0,7	355	343
Hamburg	7 490	8,3	6 924	7,2	566	8,2	1,1	429	399
Bremen	3 555	7,8	3 439	7,7	116	3,4	0,1	541	525

\* AQ = Aufklärungsquote

\*\* HZ = Häufigkeitszahl

Die Häufigkeitszahl ist die Zahl der bekannt gewordenen Fälle insgesamt oder innerhalb einzelner Deliktarten, errechnet auf 100.000 Einwohner (Stichtag ist grundsätzlich der 01.01. des Berichts-jahres).

**Erfasste Fälle Wohnungseinbruchdiebstähle (WED) im Zeitraum 2012 und 2013  
im Bund-Länder-Vergleich**

Ministerium des  
Innern, für Sport  
und Infrastruktur

**Anlage 2b**

WED	2013		2012		Differenz zum Vorjahr			HZ**	
	Fälle	AQ*	Fälle	AQ	absolut	in %	AQ in %-Pkte	2013	2012
Bund	149 500	15,5	144 117	15,7	5 383	3,7	-0,2	186	176
Thüringen	1 183	28,7	912	30,4	271	29,7	-1,7	55	41
Bayern	6 385	17,1	5 709	18,8	676	11,8	-1,7	51	45
Mecklenburg-Vorpommern	1 521	30,2	1 413	33,1	108	7,6	-2,9	95	86
Sachsen	3 620	29,2	3 840	26,1	-220	-5,7	3,1	89	93
Sachsen-Anhalt	2 588	30,4	2 484	29,5	104	4,2	0,9	115	107
Baden-Württemberg	11 295	10,9	8 572	12,7	2 723	31,8	-1,8	107	80
<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>5 858</b>	<b>15,7</b>	<b>5 479</b>	<b>17,7</b>	<b>379</b>	<b>6,9</b>	<b>-2,0</b>	<b>147</b>	<b>137</b>
Brandenburg	4 001	21,5	3 735	25,5	266	7,1	-4,0	163	150
Hessen	10 795	19,4	10 570	20,7	225	2,1	-1,3	179	174
Niedersachsen	15 743	26,4	14 598	24,7	1 145	7,8	1,7	202	185
Saarland	2 095	16,0	2 031	10,8	64	3,2	5,2	211	200
Schleswig-Holstein	7 534	10,2	7 654	11,3	-120	-1,6	-1,1	268	270
Nordrhein-Westfalen	54 953	13,6	54 167	13,8	786	1,5	-0,2	313	304
Berlin	11 566	7,3	12 291	6,5	-725	-5,9	0,8	343	351
Hamburg	6 924	7,2	7 094	7,9	-170	-2,4	-0,7	399	394
Bremen	3 439	7,7	3 568	11,7	-129	-3,6	-4,0	525	540

\* AQ = Aufklärungsquote

\*\* HZ = Häufigkeitszahl

Die Häufigkeitszahl ist die Zahl der bekannt gewordenen Fälle insgesamt oder innerhalb einzelner Deliktarten, errechnet auf 100.000 Einwohner (Stichtag ist grundsätzlich der 01.01. des Berichts-jahres).

**Erfasste Fälle Wohnungseinbruchdiebstähle (WED) im Zeitraum 2011 und 2012  
im Bund-Länder-Vergleich**

Ministerium des  
Innern, für Sport  
und Infrastruktur

**Anlage 2c**

WED	2012		2011		Differenz zum Vorjahr			HZ**	
	Fälle	AQ*	Fälle	AQ	absolut	in %	AQ in %-Pkte	2012	2011
Bund	144 117	15,7	132 595	16,2	11 522	8,7	-0,5	176	162
Thüringen	912	30,4	917	40,7	-5	-0,5	-10,3	41	41
Bayern	5 709	18,8	5 237	21,7	472	9,0	-2,9	45	42
Mecklenburg-Vorpommern	1 413	33,1	1 334	34,6	79	5,9	-1,5	86	81
Sachsen	3 840	26,1	3 467	30,1	373	10,8	-4,0	93	84
Sachsen-Anhalt	2 484	29,5	2 423	31,4	61	2,5	-1,9	107	104
Baden-Württemberg	8 572	12,7	8 192	16,4	380	4,6	-3,7	80	76
<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>5 479</b>	<b>17,7</b>	<b>5 110</b>	<b>17,5</b>	<b>369</b>	<b>7,2</b>	<b>0,2</b>	<b>137</b>	<b>128</b>
Brandenburg	3 735	25,5	2 966	22,3	769	25,9	3,2	150	119
Hessen	10 570	20,7	10 874	17,2	-304	-2,8	3,5	174	179
Niedersachsen	14 598	24,7	11 811	26,2	2 787	23,6	-1,5	185	149
Saarland	2 031	10,8	1 665	13,8	366	22,0	-3,0	200	164
Schleswig-Holstein	7 654	11,3	7 318	12,6	336	4,6	-1,3	270	258
Nordrhein-Westfalen	54 167	13,8	50 368	13,6	3 799	7,5	0,2	304	282
Berlin	12 291	6,5	11 006	8,1	1 285	11,7	-1,6	351	318
Hamburg	7 094	7,9	6 482	8,3	612	9,4	-0,4	394	363
Bremen	3 568	11,7	3 425	10,7	143	4,2	1,0	540	518

\* AQ = Aufklärungsquote

\*\* HZ = Häufigkeitszahl

Die Häufigkeitszahl ist die Zahl der bekannt gewordenen Fälle insgesamt oder innerhalb einzelner Deliktarten, errechnet auf 100.000 Einwohner (Stichtag ist grundsätzlich der 01.01. des Berichts-jahres).



**Erfasste Fälle Wohnungseinbruchdiebstähle (WED) im Zeitraum 2010 und 2011  
im Bund-Länder-Vergleich**

Ministerium des  
Innern, für Sport  
und Infrastruktur

**Anlage 2d**

WED	2011		2010		Differenz zum Vorjahr			HZ**	
	Fälle	AQ*	Fälle	AQ	absolut	in %	AQ in %-Pkte	2011	2010
Bund	132 595	16,2	121 347	15,9	11 248	9,3	0,3	162	148
Thüringen	917	40,7	644	44,3	273	42,4	-3,6	41	29
Bayern	5 237	21,7	4 470	19,9	767	17,2	1,8	42	36
Mecklenburg-Vorpommern	1 334	34,6	1 263	33,6	71	5,6	1,0	81	77
Sachsen	3 467	30,1	3 220	25,6	247	7,7	4,5	84	77
Sachsen-Anhalt	2 423	31,4	2 299	41,7	124	5,4	-10,3	104	98
Baden-Württemberg	8 192	16,4	7 844	16,0	348	4,4	0,4	76	73
<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>5 110</b>	<b>17,5</b>	<b>4 581</b>	<b>18,6</b>	<b>529</b>	<b>11,5</b>	<b>-1,1</b>	<b>128</b>	<b>114</b>
Brandenburg	2 966	22,3	2 839	27,5	127	4,5	-5,2	119	113
Hessen	10 874	17,2	9 974	16,0	900	9,0	1,2	179	165
Niedersachsen	11 811	26,2	11 844	24,9	- 33	-0,3	1,3	149	149
Saarland	1 665	13,8	1 696	14,5	-31	-1,8	-0,7	164	166
Schleswig-Holstein	7 318	12,6	6 778	11,8	540	8,0	0,8	258	239
Nordrhein-Westfalen	50 368	13,6	44 769	12,9	5 599	12,5	0,7	282	251
Berlin	11 006	8,1	8 713	9,9	2 293	26,3	-1,8	318	253
Hamburg	6 482	8,3	7 536	6,8	-1 054	-14,0	1,5	363	425
Bremen	3 425	10,7	2 877	11,3	548	19,0	-0,6	518	435

\* AQ = Aufklärungsquote

\*\* HZ = Häufigkeitszahl

Die Häufigkeitszahl ist die Zahl der bekannt gewordenen Fälle insgesamt oder innerhalb einzelner Deliktarten, errechnet auf 100.000 Einwohner (Stichtag ist grundsätzlich der 01.01. des Berichts-jahres).